

nachrichten

Abtreibungsverbot?

Die Regierung Singapurs plant offensichtlich, die Zahl der Abtreibungen vor allem bei verheirateten Frauen zu beschränken. Mit diesem Schritt soll dem seit Jahren anhaltenden Trend sinkender Geburtenraten entgegenge-wirkt werden.

Ganz im Geiste bisheriger eugenischer Familienplanungspolitik müssen sich bereits seit 1987 besonders Frauen mit mindestens mittleren Bildungsabschluss vor der Durchführung einer Abtreibung einer Pflichtberatung unterziehen. Trotzdem ließen im Jahr 2002 in Singapur, das auf diesem Gebiet über deutlich liberalere Bestimmungen verfügt als die meisten anderen Staaten der Region, fast 13.000 verheiratete Frauen eine Abtreibung vornehmen.

Gleichzeitig ist die Geburtenrate im Stadtstaat in den letzten Jahren kontinuierlich gesunken. Nach Werten von 1,42 (2001) und 1,37 (2002) fiel die Rate 2003 auf den historischen Tiefstwert von statistischen 1,26 Kindern je Frau im gebärfähigen Alter. An diesem Trend konnten auch umfangreiche Programme der Regierung zur steuerlichen Entlastung vor allem kinderreicher Familien und die Einführung eines sogenannten ›baby bonus‹ offenbar nichts ändern.

vgl. AFP, 15.03.2004; Reuters, 05.01.2004

Zensur und Beschränkungen

Noch immer vermarktet sich der Stadtstaat als ›Global Media City‹. Die Realitäten sehen jedoch anders aus. Darauf verwies nun das Committee to Protect Journalists (CPJ). Ihrem Bericht ist zu entnehmen, dass auch im letzten Jahr (2003) nur wenig unternommen wurde, um die bestehenden Einschränkungen der Pressefreiheit und der freien Meinungsäußerung zu lockern oder aufzuheben.

Noch immer übt die regierende People's Action Party (PAP) auf vielfältige Weise ihre Kontrolle über die Medienlandschaft des Landes aus. So wurden erst im letzten Jahr neue Zensurbestimmungen erlassen, die dem staatlichen Censorship Review Committee (CRC) auch weiterhin weitreichende Befugnisse zugesteht. Kontrolle über Presse und öffentliche Meinung übt die Regierung aber auch in ökonomischer Hinsicht aus: Während sich nahezu alle Printmedien im Besitz der Singapore Press

Holding (SPH) befinden, die enge Beziehungen zur regierenden People's Action Party hat, dominiert die regierungseigene Media Corporation den Rundfunkbereich. In dieser Situation bietet einzig das Internet, zu dem nahezu 60 Prozent der Bevölkerung Zugang haben, freie und ungefilterte Informationen. Doch auch hier sind in den letzten Monaten die Bestimmungen verschärft worden (siehe **südostasien** 1/04). Nun müssen auch Internetanbieter Seiten mit politischen Inhalt bei der Singapore Broadcasting Authority anmelden und Filter etwa für bestimmte Newsgroups einbauen. Die Sicherheitsbehörden des Landes haben darüber hinaus die rechtliche Möglichkeit, das Internet und seine Nutzer zu überwachen.

vgl. *Committee to Protect Journalists* (www.cpj.org), 11.03.2004

Ende des Pilotenstreiks

Mit einer weiteren Einschränkung gewerkschaftlicher Mitbestimmung hat die Regierung auf eine innergewerkschaftliche Auseinandersetzung bei Singapurs Pilotenvereinigung ALPA-S regiert. Bereits im März 2004 war dem aus Malaysia stammenden Piloten Ryan Goh Yew Hock, als Reaktion auf seine Aktivitäten in dieser Auseinandersetzung, die Aufenthaltsgenehmigung für Singapur entzogen worden.

Die neuen rechtlichen Bestimmungen sehen vor, dass Verhandlungsergebnisse zwischen Gewerkschaftsführung und Arbeitgebern zukünftig nicht mehr durch die Gewerkschaftsbasis bestätigt werden müssen. Noch im November letzten Jahres hatten die Mitglieder der Pilotengewerkschaft ALPA-S ihr Management in einer Abstimmung gestürzt, -

nachdem dieses zuvor mit der Geschäftsführung der mehrheitlich staatlichen Fluggesellschaft Singapore Airlines drastische Gehaltskürzungen und die Entlassung von nahezu 600 Mitarbeitern vereinbart hatte. Die Auseinandersetzung gewann an Schärfe, nachdem sich auch Senior Minister Lee Kuan Yew und andere führende Politiker zu Wort meldeten. Die Aktivitäten seien verantwortungslos, so die politischen Eliten des Stadtstaats, und bedrohten das traditionell enge Verhältnis zwischen Gewerkschaften, Arbeitgebern und Regierung.

vgl. *Air Wise News*, 08.03.2004; AFP, Singapore, 03.04.2004; AFP, Singapore, 20.04.2004

Hohe Hinrichtungsrate

Jeder dritte in Singapur wegen eines Verbrechens Hingerichtete war ein Ausländer – dies teilte die Regierung des Stadtstaats in Reaktion auf einen Bericht von *amnesty International* (ai) zur Menschenrechtssituation in dem Land mit. 37 der seit 1998 hingerichteten 138 Menschen waren demnach keine Bürger des Staates. Dreiviertel der Strafen werden nach Angaben der Regierung wegen Drogenschmuggel und -handel verhängt.

Nach Angaben von *amnesty international* verzeichnet der Stadtstaat, gemessen an seiner Bevölkerungszahl von etwa mehr als vier Millionen, die höchste Rate an Todesurteilen und Hinrichtungen weltweit – in den letzten zehn Jahren wurden mehr als 400 Menschen hingerichtet. Eine unverhältnismäßig hohe Zahl der Opfer stammt dabei aus sozial schwächeren Bevölkerungsschichten mit niedrigem Einkommen und Bildungsstand. Dies wird durch Angaben der Regierung unterstützt, nach denen 51 Prozent der hingerichteten Menschen in Singapur aus unteren Einkommensschichten stammen: einfache Industriearbeiter, Reinigungskräfte, ungelernete Arbeiter und Arbeitslose.

vgl. AFP, Singapore, 30.01.2004

Mehr Kriminalität

Die Zahl schwerer Verbrechen ist im letzten Jahr um fünf Prozent angestiegen. 33.600 Fälle von Mord, Vergewaltigung und schwerem Raub verzeichneten die Behörden 2003 im krisengeschüttelten Stadtstaat.

Dagegen ist die Zahl der Drogendelikte im gleichen Zeitraum um nahezu 50 Prozent gefallen. Hier hat es zugleich eine Verschiebung weg vom ›traditionellen‹ Heroin hin zu synthetischen Drogen (zum Beispiel Methamphetamine) gegeben.

vgl. Reuters, 06.02.2004